

Le Figaro erinnerte jedoch daran, dass die Beziehungen zwischen den Betreibern und der Behörde teils gespannt sind. EDF, Areva und CEA (*Commissariat à l'Énergie Atomique*) beklagten eine zu große Einmischung der Behörde.⁸

DIE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE BETREIBER

Derweil erwog die Zeitung *Le Monde* die wirtschaftlichen Auswirkungen für Frankreich. Diese werden als schwerwiegend eingeschätzt, da sich die Zahl der Abnehmerländer für die Europäischen Druckwasserreaktoren vermindere, weshalb Frankreich versucht, die Sicherheit seiner Reaktoren der dritten Generation anzupreisen.⁹

Anne Lauvergeon, die Präsidentin des französischen Atomkonzerns Areva, verteidigt das Angebot des Unternehmens: die von Areva gebauten Kernkraftwerke seien teurer, weil sie sicherer und moderner seien. Nach dem Unfall in Japan sei „die Billig-Kernenergie keine Frage mehr“¹⁰, so Lauvergeon.

- 1] *Fillon, François*, so zitiert in: *De Royer, Solenn*: „*Fillon annonce le contrôle de tous les réacteurs en France.*“, *Le Figaro* vom 16.03.2011, S. 5.
- 2] O.N.: „*Les heures qui viennent seront essentielles*, in: http://abonnes.lemonde.fr/japon/article/2011/03/16/japon-les-heures-qui-viennent-seront-essentielles_1494241_1492975.html, 16.03.2011.
- 3] *Parti Socialiste*: „*Nucléaire: conséquences de la catastrophe au Japon*“, *Communiqué du bureau national* vom 16.03.2011: <http://www.parti-socialiste.fr/communiqués/consequences-de-la-catastrophe-au-japon>
- 4] *Dupont, Stéphane*, „*Cacophonie au PS sur la ligne à adopter*“, in: *Les Echos* vom 17.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228201209-cacophonie-au-ps-sur-la-ligne-a-adopter.htm>
- 5] U.a. „*Nucléaire: ce que disent les autres présidentiables*“, *Les Echos* vom 16.03.2011: <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0201228383267-nucleaire-ce-que-disent-les-autres-presidentiables.htm>
- 6] *Landrin, Sophie und Zappi, Sylvia*: „*La question énergétique au cœur du débat entre Verts et PS*“, in: *Le Monde* vom 15.03.2011: http://abonnes.lemonde.fr/a-la-une/article/2011/03/15/la-question-energetique-au-coeur-du-debat-entre-verts-et-ps_1493342_3208.htm
- 7] *Geisler, Rodolphe und De Ravinel, Sophie*: „*Nicolas Sarkozy défend la filière française, la gauche se divise.*“, in: *Le Figaro* vom 15.03.2011, S. 5.
- 8] *De Monicault, Frédéric und Nodé-Langlois, Fabrice*: „*Le nucléaire français prêt à tirer les leçons.*“, in: *Le Figaro* vom 17.03.2011, S. 6.
- 9] *Lepartementier, Arnaud*: „*L'Elysée veut vanter la sécurité de l'EPR pour sauver la filière nucléaire française.*“, in: *Le Monde* vom 14.03.2011.
- 10] „*Doute sur le nucléaire, Areva défend son modèle*“, *La Tribune.fr* vom 15.03.2011: <http://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/energie-environnement/20110314trib000607808/doute-sur-le-nucleaire-areva-defend-son-modele.html>

GROSSBRITANNIEN

Claudia Crawford | KAS-Auslandsbüro, London

Seit Freitag, dem Unglückstag in Japan, wird in den britischen Medien ausführlich über die Katastrophe im Norden Japans, ausgelöst durch das Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami, berichtet. Der britische Premierminister reagierte noch am ersten Tag, dem 11. März 2011, und übermittelte dem japanischen Volk alle Sympathie und versicherte alle Hilfe, die Japan von Großbritannien bräuchte.

Großbritannien beteiligte sich an den Rettungsbemühungen bei der Suche nach Überlebenden, wobei am 17. März die Helfer zurückkehrten. Ab dem 16. März empfahl das Außenministerium britischen Staatsangehörigen, die sich in Tokio oder im Norden Japans aufhalten, das Land zu verlassen.

Zunehmend mit dem Ausmaß der Katastrophe am Kernkraftwerk in Fukushima lag der Fokus der Berichterstattung auf den Vorgängen in den Reaktoren. Ausführlich wurden die vermuteten Reaktionen in der Anlage beschrieben, allgemein über die Wirkungsweise der Kernkraftwerke aufgeklärt und die Bemühungen in Japan, die zur Kühlung der Reaktoren vorgenommen werden, erläutert.

Eine Debatte über die friedliche Nutzung von Kernenergie ist in Großbritannien trotz der Entwicklungen im Kernkraftwerk Fukushima kaum wahrzunehmen. Weder fanden Demonstrationen statt, noch entwickelt sich eine lebhaftige Debatte über das Für und Wider von Atomenergie.

Ministerpräsident David Cameron betonte, dass für Großbritannien Erdbeben dieser Größenordnung unwahrscheinlich seien und die Kernkraftwerke sich auch von den japanischen unterscheiden, aber dass aus den Ereignissen dort für die eigenen Sicherheitsstandards gelernt werden muss. Ähnlich äußerte sich der Minister für Energie und Klimawandel, Chris Huhne (Liberaldemokrat). Er rief dazu auf, nicht zu früh zu urteilen und abzuwarten, welche Lehren aus der Reaktorkatastrophe gezogen werden müssen.¹ Im Energieausschuss des House of Commons, so im *Daily Telegraph* vom 16. März, sagte er in Bezug auf die Entscheidung in Deutschland, Kernreaktoren vom Netz zu nehmen: „Ich bedaure, dass einige Politiker auf dem Kontinent sehr schnell mit ihrem Urteil zu sein scheinen, bevor wir eine fundierte Beurteilung vornehmen konnten.“² Huhne wiederholte zudem Cameron mit seiner Bemerkung: „Wir nehmen diesen Unfall sehr ernst, auch wenn es keine Gründe gibt, für Großbritannien ähnlich starke Erdbeben zu erwarten.“³ Er forderte von Mike Wightman, dem *Head of the Health and Safety Executive's Nuclear Directorate*, einen umfassenden Bericht über die Sicherheitsstandards der britischen Kernkraftwerke an.⁴ Wightman betonte, dieser Bericht sollte die Fakten enthalten, die sichtbar werden, aber jetzt noch nicht in vollem Umfang bekannt sind. Eine erste Analyse wird für Mitte Mai erwartet, der umfassende Bericht in sechs Monaten.

Wightman wie auch Vertreter aus Politik und Nukleartechnik verweisen auf die hohen Sicherheitsstandards und unabhängigen Kontrollen der Kernkraftwerke. Wightman: „Die regulierenden Standards für Kernkraftwerke bieten Schutz gegen alle externen Gefahren, die für Großbritannien vorhersehbar sind.“⁵ Lord Hutten (Labour), u.a. Minister für Wirtschaft, Unternehmen und Regulationsreformen zwischen 2007 und 2008, schrieb bezüglich der Atomkraftwerke am 16. März für den *Daily Telegraph*: „Die Industrie hat einen hohen Sicherheitsstandard und es gibt keinen Grund zu glauben, dass dieser nicht auch in der Zukunft besteht – ein Fakt, der nicht bagatellisiert werden sollte von denen, die jetzt die Kernenergie verurteilen.“⁶

Er spricht sich klar für den Bau neuer Kraftwerke aus. Großbritannien hat 19 Kernkraftwerke, die 18 Prozent der Energieerzeugung des Landes ausmachen. Bis 2023 müssen mit einer Ausnahme alle Kraftwerke aus Altersgründen geschlossen werden.⁷ Aufgrund fehlender eigener Ressourcen hat das Thema unabhängige Energieversorgung einen hohen Stellenwert. Großbritannien will nicht von der Energielieferung zweifelhafter Regime wie Libyen abhängig sein. Aber auch das ehrgeizige Ziel, den CO₂-Ausstoß um

80 Prozent bis 2050 zu senken, ist der Regierung in Großbritannien wichtig. Vor diesem Hintergrund wird vor allem auf erneuerbare Energien und eben Kernenergie gesetzt. Darüber besteht große Einigkeit im Land, was die fehlende Ausstiegsdebatte aus der Kernenergie erklärt. Schon unter der Labourregierung wurde geplant, bis zu zehn neue Kernkraftwerke zu errichten. Die jetzige Regierung stellte eigene Überlegungen an, wie der Ausbau von erneuerbarer und Kernenergie beschleunigt werden könnte. Der Staatssekretär für Energie, Charles Hendry, sagte in einem Fernsehinterview am 17. März: „Das Thema Nordafrika bekräftigt die Notwendigkeit, uns in die low carbon Richtung zu bewegen.“⁸

Es gibt aber einige Stimmen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, die bisherige Politik bezüglich der Kernenergie zu überdenken. So wurde im *Daily Telegraph* Martyn Williams von der Organisation *Friends of the Earth* zitiert: „Anstatt mit den Planungen für neue Kernkraftwerke in Großbritannien vorwärts zu drängen, sollten die Ergebnisse der Untersuchungen in Fukushima abgewartet werden, da neue Sicherheitsregulierungen den Bau neuer Kraftwerke unakzeptabel teuer machen könnten.“⁹ Im selben Artikel wird berichtet, dass in den britischen Kraftwerken 35 ernste Zwischenfälle in den letzten zehn Jahren zu melden waren, einschließlich Problemen bei Kühlsystemen. Die Briten hätten, so John Large, ein unabhängiger Berater der Atomindustrie, bezüglich der Sicherheit eine ähnliche Haltung wie in Japan eingenommen: „Die Regulierungen sprechen über akzeptable Risiken und tolerierbare Konsequenzen, was bedeutet, wir haben das Schiff nicht unsinkbar zu machen.“¹⁰

Minister Huhne, der in der Zeit vor seinem Ministeramt persönlich gegen den Bau neuer Kernkraftwerke plädiert hatte, machte in einem Interview am 20. März deutlich, dass über die Kernenergie neu nachgedacht werden wird. Die künftig notwendig werdenden Sicherheitsbestimmungen erforderten hohes Kapital. Allerdings sei auch der Ausstieg aus der Atomenergie mit hohen Kosten für CO₂-Speicher und erneuerbaren Energien verbunden.¹¹

Dieser Artikel wie auch die anderen Berichte über Japan in anderen Zeitungen befand sich am Montag, dem 21. März 2011, im mittleren Teil der Zeitung. Das Thema Libyen hatte bereits die Nuklearkatastrophe in Japan verdrängt.

- 1| [http://www.politics.co.uk/news/energy/may-deadline-for-uk-nuclear-review-\\$21387855.htm](http://www.politics.co.uk/news/energy/may-deadline-for-uk-nuclear-review-$21387855.htm)
- 2| *The Times*, „Britain faces nuclear plant safety review“ von Ben Webster und Anushka Asthana, 16. März 2011, S. 1
- 3| http://www.climateactionprogramme.org/news/nuclear_meltdown_worries_continue_in_japan
- 4| *Financial Times*, „Huhne report weighs nuclear crisis“ von David Blair, 16. März 2011, S. 7
- 5| <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-12771689?print=true>
- 6| <http://www.telegraph.co.uk/earth/energy/8386817/Britain-should-not-be-afraid-of-nuclear-power.html>
- 7| <http://www.world-nuclear.org/info/inf84.html>
- 8| <http://www.bloomberg.com/news/2011-03-18/u-k-appetite-for-new-nuclear-remains-strong-hendry-says.html>
- 9| *The Daily Telegraph*, „Accident, waiting to happen here“ von Gordon Rayner und Martin Evans, 17. März 2011, S. 2
- 10| Ebd.
- 11| *The Daily Telegraph*, „Huhne hints a rethink on power plants“, 21. März 2011, S. 17

SPANIEN

Lisa Wassermann | KAS-Auslandsbüro, Madrid

Das Atomunglück in Japan bewegt die spanischen Medien derzeit vorrangig. So nehmen tägliche Berichte zum aktuellen Entwicklungsstand und den in Fukushima ergriffenen Maßnahmen den ersten Rang in der Berichterstattung der Zeitungen und Fernsehsender ein. Hierbei wird neben den Berichten aus Japan auch intensiv über die Diskussion des Themas in Deutschland informiert, insbesondere über die Reaktion der Regierung von Bundeskanzlerin Merkel in Form der vorübergehenden Schließung der ältesten deutschen Atomkraftwerke.

Am vergangenen Dienstag hatte sich der spanische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero bei der Leiterin des Rates für Nukleare Sicherheit (*Consejo de Seguridad Nuclear*) über die Vorgänge des Unfalls in Fukushima sowie über die Risiken einer ähnlichen Katastrophe in Spanien aufklären lassen. Die führenden Parteien Spaniens (PSOE und PP) ließen anklingen, dass sie bereit seien, über die Sicherheit der sechs spanischen Kraftwerke zu diskutieren, nicht jedoch über deren Laufzeit und die grundsätzliche Zukunft dieser Art der Energiegewinnung. Erst im Februar dieses Jahres hatten PSOE und CiU (Katalonien) eine Laufzeitverlängerung beschlossen. Eine gemeinsame Petition einiger linker Minderheiten zur Neuverhandlung des entsprechenden „Gesetzes der Nachhaltigen Wirtschaft“ (*Ley de Economía Sostenible*) wurde am Mittwoch von den regierenden Sozialisten abgelehnt.

Am Mittwoch gab die Regierung bekannt, alle spanischen Kraftwerke auf ihre Sicherheitsrisiken überprüfen zu lassen. Dabei handle es sich laut Zapatero lediglich darum, „die Sicherheitsbedingungen mithilfe noch strengerer Anforderungen, als sie üblicherweise gelten, zu optimieren. Strikte Sicherheitsprotokolle

sollen den „europäischen Standards“ angeglichen werden. Nach Ansicht von Zapatero gebe es gute Gründe dafür, hinsichtlich der Sicherheit der spanischen Atommeiler „Ruhe zu bewahren“. Es gehe jetzt lediglich darum, sich noch stärker abzusichern. Das Alter eines Meilers sei ein relevanter Faktor, insbesondere im Falle des Kraftwerks in Garoña sei das für 2013 vorgesehene Aus aufgrund seines Alters von 42 Jahren angebracht. Priorität habe im Moment jedoch die Sorge um die ernste Lage der Meiler in Japan und vor allem um das Land selbst und seine Einwohner.

Greenpeace und die NRO *Ecologistas en Acción* rufen derzeit immer wieder zu Demonstrationen „für Japan“ bzw. „gegen Atomenergie“ auf. Allein für den gestrigen Donnerstag waren Demonstrationen in mehr als dreißig spanischen Städten angekündigt. Die Aktivist*innen fordern die Schließung der sechs spanischen Kraftwerke, insbesondere die der beiden ältesten in Garoña und Cofrentes.

Jedoch findet diese Form des Protests offenbar nicht die breite Unterstützung bei den Spaniern. So wurden bei der Kundgebung in Madrid gestern lediglich zwischen 200 (vgl. <http://es.noticias.yahoo.com/12/20110317/tts-manifestaciones-en-toda-espana-contr-c1b2fc3.html>) und 2000 (vgl. <http://www.noticiasdenavarra.com/2011/03/18/mundo/los-antinucleares-salen-a-la-calle-para-exigir-un-plan-de-cierre-de-centrales>) Demonstranten gezählt.

Die öffentliche Diskussion beschränkt sich weitgehend auf bestimmte Interessengruppen. Der Druck, der auf die Regierung ausgeübt wird, kommt nicht im Entferntesten dem der deutschen Zivilgesellschaft gleich.